

98 Prozent gegen die Funktionäre

SPIEGEL/ZDF-Umfrage in der DDR – Die Volksmeinung über Politiker, Parteien und Perspektiven

Für „schlecht“ oder „sehr schlecht“ halten 82 Prozent der DDR-Bürger die wirtschaftliche Lage ihres Landes. Zum Vergleich: Nur 6 Prozent der Bundesbürger äußern sich so negativ über die Situation hierzulande.

Um ihre weithin zerstörte Umwelt sorgen sich die Deutschen drüber mehr als um ihre vielen anderen Probleme. Die „Verbesserung des Umweltschutzes“ ist für 85 Prozent „sehr dringend“, für weitere 13 Prozent „ziemlich dringend“. Macht zusammen 98 Prozent.

Nur 27 Prozent der Deutschen zwischen Elbe und Oder/Neiße wollen, daß die DDR „mit der BRD einen gemeinsamen Staat bildet“. 71 Prozent hingegen meinen, daß die DDR „ein souveräner Staat bleiben“ solle.

Auf die Frage, welche Partei sie wählen würden, antworteten 48 Prozent: „Weiß ich noch nicht.“ Weitere 4 Prozent konnten oder wollten ebenfalls keine Partei nennen und ließen diese Frage ganz aus.

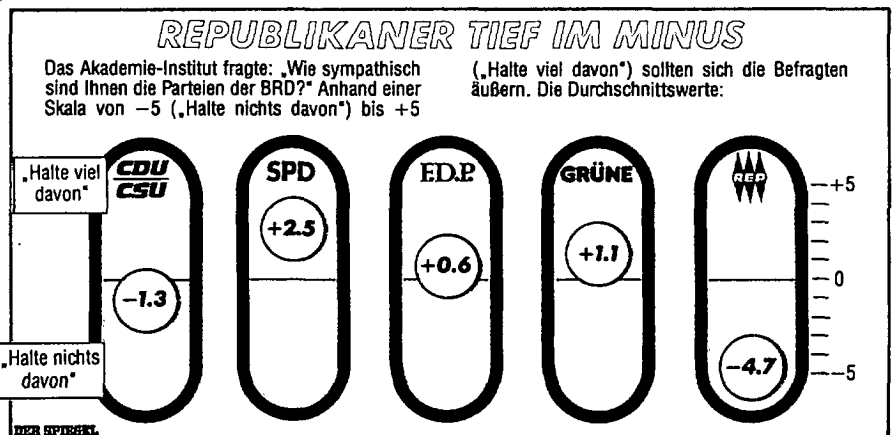
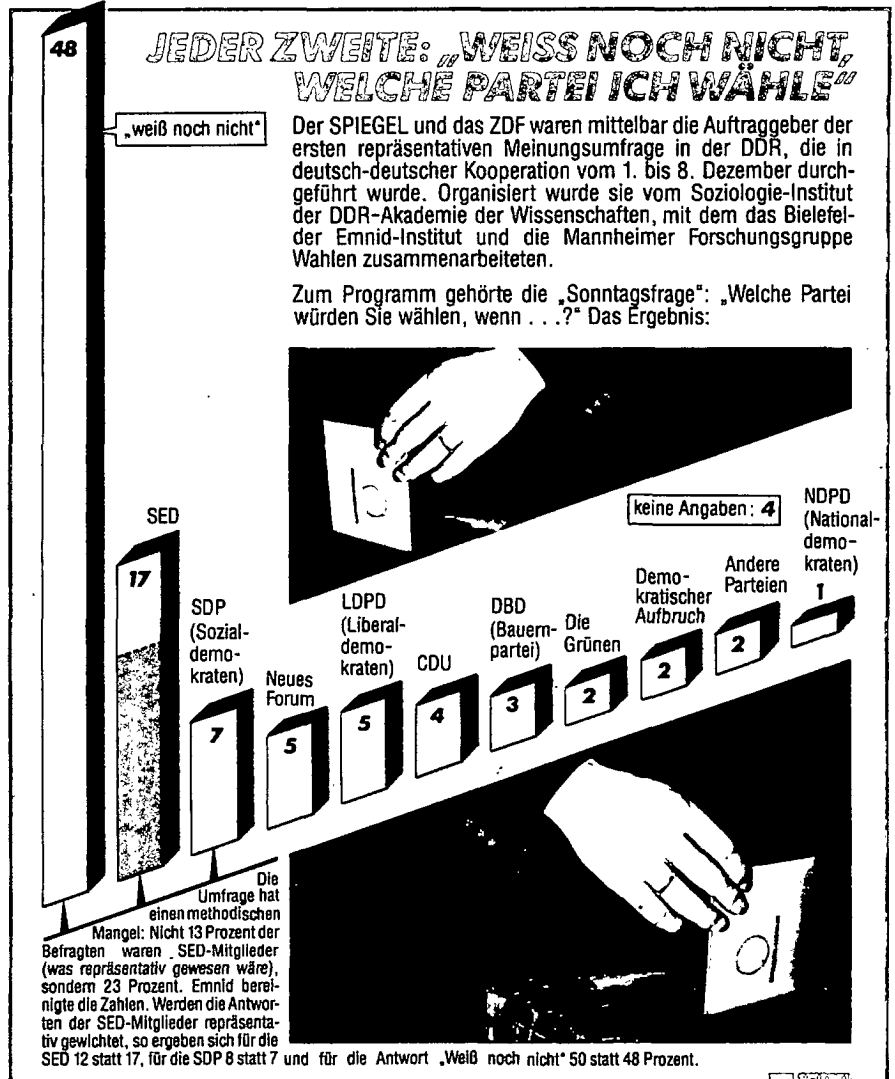
Nur knapp die Hälfte der DDR-Bürger hat fünf Monate vor der für den 6. Mai angekündigten Wahl der Volkskammer schon eine Präferenz für eine Partei: 17 Prozent für die SED, 7 Prozent für die als SDP firmierenden Sozialdemokraten. Zwei Parteien kommen auf 5 Prozent, die anderen liegen darunter.

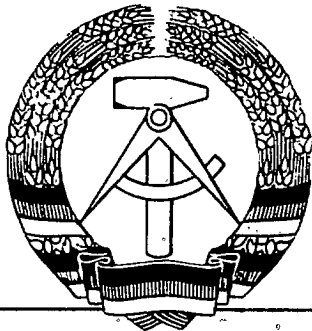
Diese Ergebnisse brachte die erste repräsentative Meinungsumfrage in der DDR, die in westlichem Auftrag und in deutsch-deutscher Zusammenarbeit durchgeführt wurde. Vom 1. bis 8. Dezember wurden in allen 15 Bezirken 1032 wahlberechtigte Männer und Frauen befragt.

Organisiert wurde die Umfrage von der Akademie der Wissenschaften der DDR, genauer: von deren Institut für Soziologie und Sozialpolitik, das dabei ist, ein „Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung“ zu bilden. Geleitet wurde die Umfrage von den beiden Akademie-Professoren Rainer Schubert und Toni Hahn.

Die Ost-Berliner Meinungsforscher kooperierten bei dieser Umfrage mit ihren westlichen Kollegen vom Bielefelder Emnid-Institut und von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen. Auftraggeber waren der SPIEGEL und das ZDF.

Nach der Wende gab es etliche untaugliche Versuche, vom Westen her DDR-Bürger zu befragen: sei es durch Inter-



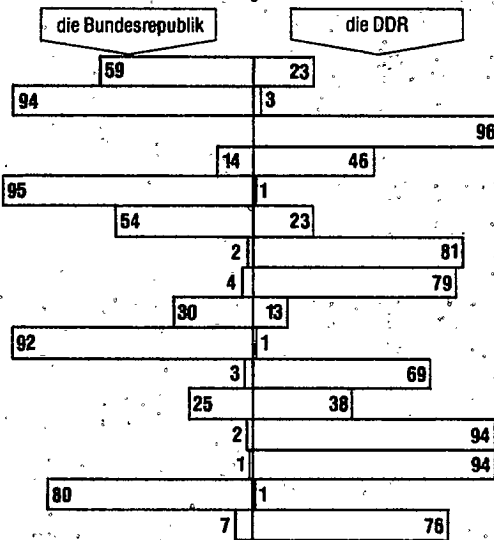


UMWELT IN DER DDR OHNE SCHUTZ

In der DDR legte das Ost-Berliner Akademie-Institut, bei einer Parallel-Umfrage in der Bundesrepublik das Emnid-Institut den Befragten eine Liste mit 16 Aufgabenbereichen vor. Die Frage, die in beiden deutschen Staaten gestellt wurde: „Bitte sagen Sie mir, ob auf dem jeweiligen Gebiet die Bundesrepublik der DDR überlegen ist, ob umgekehrt die DDR der Bundesrepublik überlegen ist, oder ob beide gleichauf sind.“ Links das Ergebnis in der DDR, rechts das Ergebnis in der Bundesrepublik, jeweils (in Prozent) der Anteil der Befragten, der einen der beiden Staaten für überlegen erklärt:

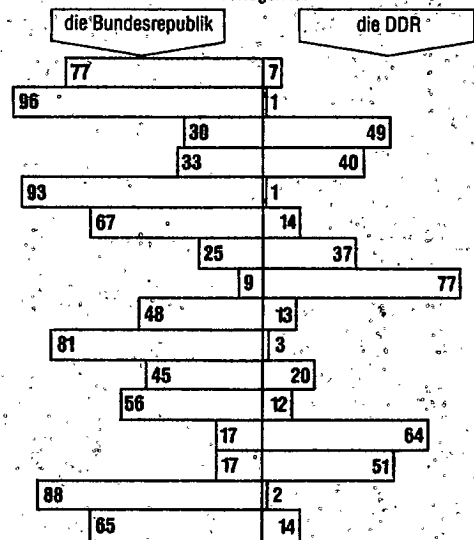


Umfrage in der DDR
Überlegen ist



Gesundheitswesen
Lebensstandard
Schutz vor Arbeitslosigkeit
Versorgung mit Wohnungen
Industrie
Landwirtschaft
Schutz vor Verbrechen
Leistungssport
Kunst, Literatur, Theater
Wissenschaft und Technik
Gleichberechtigung der Frau
Bildungswesen
Kindergärten und Kinderhorte
Schutz vor Rauschgift
Umweltschutz
Soziale Sicherung

Umfrage in der Bundesrepublik
Überlegen ist



viewer, die DDR-Besucher an den Grenzen oder in westlichen Einkaufsstraßen befragten, sei es durch Anrufe bei den relativ wenigen Telefonbesitzern in der DDR, sei es durch Besucher, die im Westen als Interviewer angeworben und daheim ferngelenkt tätig wurden. So können keine repräsentativen Daten ermittelt werden.

Und in der DDR blieben bislang, von einer landesweiten Umfrage des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung abgesehen, politische Umfragen regional oder lokal begrenzt.

Auch das Soziologie-Institut der Akademie der Wissenschaften beschränkte sich auf Blitzumfragen in Ost-Berlin, bei denen Mitarbeiter der Akademie auf die Straßen und in die Wohnungen gingen.

Für die SPIEGEL/ZDF-Umfrage bedienten sich Schubert und Frau Hahn des engmaschigen Interviewernetzes, das der staatliche Rundfunk seit langem unterhält.

Schon wegen der knappen Termine war die Umfrage nicht bis ins letzte abgesichert, einige Schwächen wurden in Kauf genommen. So konnte nicht jeder, der anhand der Einwohnerkarteien repräsentativ ausgewählt und beim ersten Besuch nicht angetroffen wurde, so oft aufgesucht werden, wie es nach den Re-

geln der Demoskopie eigentlich zu geschehen hat.

Ein methodischer Mangel ist allerdings gravierend: Unter den Befragten waren mehr SED-Mitglieder (23 Prozent), als ihrem derzeitigen Anteil an der Bevölkerung (13 Prozent) entspricht.

Emnid überprüfte die Folgen für die Ergebnisse. Das Bielefelder Institut tat das, was bei bundesdeutschen Umfragen gang und gäbe ist: Weil es zu viele SED-Mitglieder gab, wurden sie „heruntergewichtet“. Die Aussagen der 23 Prozent SED-Mitglieder wurden so gewertet, als seien sie nur von 13 Prozent gegeben worden.

Viele Ergebnisse blieben gleich, andere unterschieden sich nur um 1 bis 3 Prozent und liegen in der Fehlerbreite, die es auch bei anderen Umfragen gibt.

Erheblich ändert sich nur ein Ergebnis: Bei der Frage nach der Parteipräferenz für die Wahl der Volkskammer vermindert sich der Anteil der SED von 17 auf 12 Prozent. Zwei andere Differenzen bei den Parteizahlen sind geringer. Die SDP kommt auf 8 statt 7 Prozent, und die Zahl derjenigen, die sich für die Antwort „Weiß noch nicht“ entschieden, steigt auf 50 (statt 48) Prozent.

Die Umfrage war ein Pilotprojekt, das alle Beteiligten vor neue Aufgaben stell-

te. Von den Interviewern zum Beispiel wurde verlangt, ihre seit Jahren gewohnten Arbeitsmethoden zu ändern. Bis dahin war es üblich, die Fragebögen zu verteilen, von den Befragten selbst ausfüllen zu lassen und dann wieder abzuholen. Es blieb jedem Teilnehmer selbst überlassen, ob er die Antworten allein oder im Kreis seiner Angehörigen ankreuzte. So lassen sich Haushalte, aber nicht Personen befragen, wie es bei politischen Umfragen unumgänglich ist.

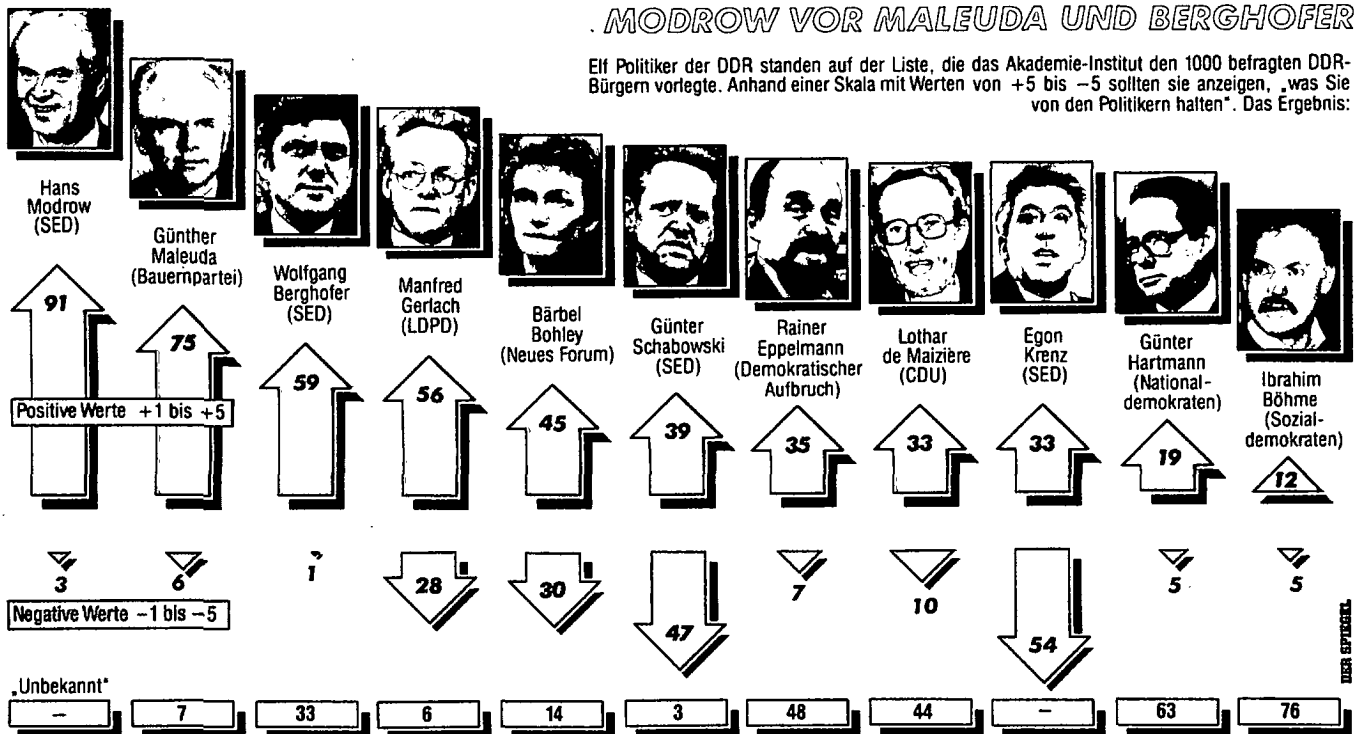
Es ließ sich nicht vermeiden, daß einige Fragen schon überholt waren, bevor sie gestellt wurden. Auskünfte über Egon Krenz, den Staats- und Parteichef für 50 Tage, sind nur noch von Erinnerungswert. Umgekehrt stieg Gregor Gysi erst nach Abschluß der Umfrage zum Parteichef auf und fehlte deshalb im Fragebogen.

Und die Auseinandersetzung um die Vereinigung der beiden deutschen Staaten („Deutschland, einig Vaterland“), die schon während der Umfrage in der DDR begann, hat sich dort inzwischen ausgebreitet und ist aggressiver geworden.

Insgesamt machen die Ergebnisse dieser Umfrage deutlich, wie intensiv die meisten DDR-Bürger die Wende miterlebt haben. Obwohl jahrzehntelang ver-

MODROW VOR MALEUDA UND BERGHOFER

Elf Politiker der DDR standen auf der Liste, die das Akademie-Institut den 1000 befragten DDR-Bürgern vorlegte. Anhand einer Skala mit Werten von +5 bis -5 sollten sie anzeigen, „was Sie von den Politikern halten“. Das Ergebnis:



sucht worden war, ihnen eine Einheitsmeinung aufzuzwingen, haben sie sich binnen kurzem differenzierte Ansichten zu vielen aktuellen Themen gebildet.

Zuweilen allerdings stimmten die Antworten nahezu aller Befragten überein. 96 Prozent zum Beispiel begrüßten es, „daß die DDR ihre Zollkontrollen an den Grenzen für Devisen, Lebensmittel und Textilien verschärft hat“.

Und 98 Prozent sprachen sich dafür aus, daß „die Funktionäre, die für die Krise in der DDR verantwortlich sind, vor Gericht gestellt werden“.

Der Zorn über die scheinheiligen einstigen SED-Spitzen, die sozialistische Bescheidenheit predigten und importierten Wohlstand genossen, hat das ganze Volk erfaßt, das jahrzehntelang knapp und stumm gehalten wurde.

Lediglich 9 Prozent glauben noch, daß „nur einige wenige höhere Staats- und Parteifunktionäre ihre Ämter mißbraucht haben, um sich persönlich zu bereichern“. 47 Prozent denken, daß es „viele“ waren, und 43 Prozent nehmen an, daß „die meisten“ so handelten.

Weitere Ergebnisse der Umfrage des Akademie-Instituts: Nach der Öffnung der Grenzen war nahezu die gesamte Bevölkerung der DDR hier zu Besuch: 82 Prozent der zwischen der Insel Rügen und

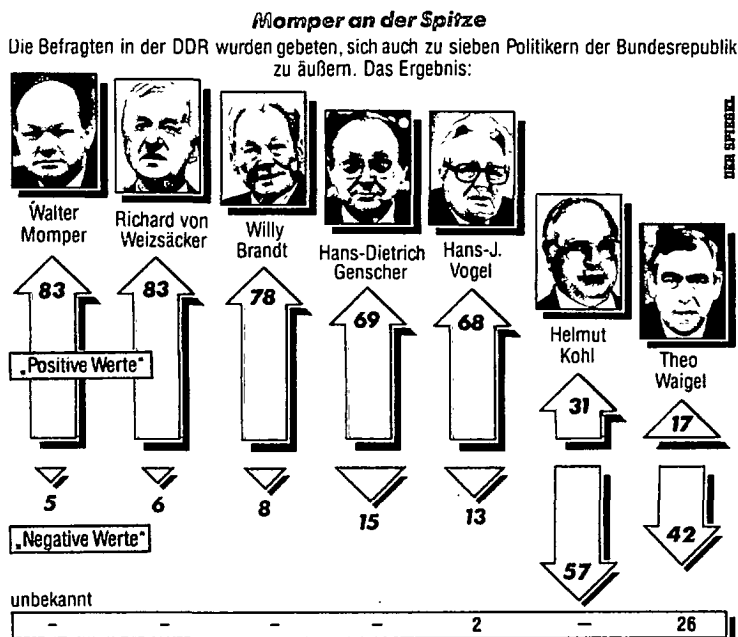


Dresden, zwischen Marienborn und Frankfurt/Oder Befragten waren unterwegs.

Kein Deutscher ist im anderen deutschen Staat auch nur annähernd so populär wie jener Mann, der den Wandel im Osten begann und durchsetzte: Für Gorbatschow ermittelte das Akademie-Institut 4.3 von 5 möglichen Pluspunkten. Wer eine solche Zahl erreicht, die bundesdeutschen Politikern himmelhoch erscheinen muß, wird nicht mehr nur geschätzt, sondern verehrt. 64 Prozent der Befragten wählten für Gorbatschow den höchstmöglichen Wert von +5, nur 1 Prozent einen der fünf negativen von -1 bis -5. Als die Interviewer einige Probleme nannten, „die bei uns zu lösen sind“, wurde deutlich, wie unzufrieden die Bewohner der DDR auf nahezu allen Gebieten sind.

Sie konnten zwischen vier Antworten wählen und die Aufgaben entweder als „sehr dringend“ oder „ziemlich dringend“, als „nicht so dringend“ oder „überhaupt nicht dringend“ einstufen.

„Überhaupt nicht dringend“ ist in der DDR fast nichts. Ganz gleich, ob nach der besseren Alltagsversorgung oder nach mehr Wohnraum gefragt wurde, stets hielten nur zwischen null und knapp 2 Prozent der Befragten die-



se Antwort für angemessen. Und „nicht so dringend“ ist auch wenig.

Die Antworten auf die Fragen nach den Parteien und Politikern im eigenen Lande lassen erkennen, daß es nach der friedlichen Revolution im Herbst 1989 weitere historische Wochen im Frühjahr 1990 geben wird – mit einem Wahlkampf, der vermutlich nicht nur in der deutschen Geschichte ohne Beispiel ist.

Es wird eine Wahl wenige Monate nach einer Stunde Null der Demokratie sein. Und voller Neid werden die bundesdeutschen Politiker erleben müssen, daß in diesem Wahlkampf mehr bewegt werden wird, als sie es in der Bundesrepublik je erlebt oder auch nur zu hoffen gewagt haben.

Keine der alten Parteien, keine der neuen Parteien und Gruppierungen hat schon so deutliche Konturen, daß den Wählern ein halbwegs sicheres Urteil möglich ist.

Die SED war zur Zeit der Umfrage noch die stärkste Partei. Demnach brauchte sie, wenn es dabei bliebe, sich nicht mit der Funktion eines Juniorpartners in einer Koalition zu begnügen, wie Regierungschef Modrow in einem SPIEGEL-Gespräch meinte.

Aber solche Spekulationen anzustellen hieße die Ergebnisse der sogenannten Sonntagsfrage überschätzen. Anders als in der Bundesrepublik, wo oft schon Veränderungen von ein oder zwei Prozent Leitartikel und Wahlforscher intensiv beschäftigen, ist in der DDR mit weit stärkeren Veränderungen der Wähleranteile zu rechnen. Und niemand kann heute sagen, wer gewinnen und wer verlieren wird.

Völlig offen ist zum Beispiel, ob die Sozialdemokraten eine von jungen Pfarrern und anderen Akademikern geprägte Partei bleiben oder als Arbeiterpartei die 1946 mit der Zwangsvereinigung von SPD und KPD abgebrochene sozialdemokratische Tradition wiederaufnehmen. Davon wird es abhängen, ob diese Partei weit mehr Anhänger gewinnt, als sie heute besitzt.

Und 5 Prozent für das Neue Forum in der Dezember-Umfrage sagen nichts über die Chancen dieser populärsten Oppositionsgruppe aus, zumal sie selbst noch nicht definitiv entschieden hat, daß sie sich als Partei zur Wahl stellen wird.

Die Situation der Partei Gysis und Modrows mutet paradox an. Zwar war sie dem Tod näher als dem Überleben, schämte sich ihres Namens und ist mit dem Malus der Schuld an der DDR-Misere enorm belastet.

Aber in den Wahlkampf geht sie auch mit einigen erheblichen Vorteilen gegenüber der Konkurrenz. Ihre Spitzenfunktionäre Modrow und Berghofer sind bekannter und schon deshalb beliebter als die meisten Repräsentanten der anderen Parteien. Und kraft seines Amtes ist Mo-



ÜBERSIEDLER IN DEN WESTEN: WIE VIELE NOCH? WARUM?

Mehrere Fragen galten den Übersiedlern aus der DDR in die Bundesrepublik. Auf die Frage, wie sich „die Zahl der Übersied-

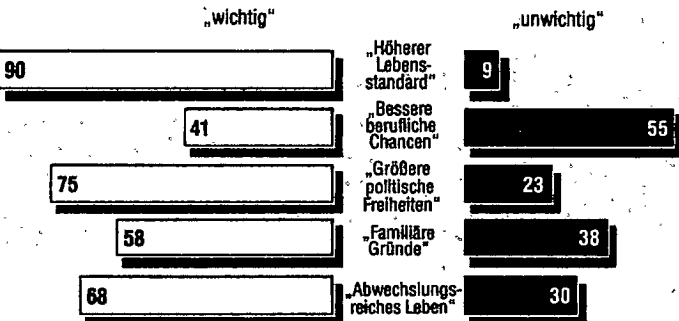
ler in die BRD in der nächsten Zeit“ entwickeln werde, meinten von je 100 Befragten:



„Wenn jetzt noch Bürger in die BRD übersiedeln wollen“, so können von je 100 Befragten dies



Nach den Motiven der Übersiedler befragt, erklärten von je 100 Befragten: Den Übersiedlern sei



DER SPIEGEL

drow, ohnehin populärster DDR-Politiker, öfter auf dem Bildschirm zu sehen als die anderen Politiker. Da zeichnet sich ein kräftiger Amtsbonus ab, der den Malus der Modrow-Partei abschwächen kann.

In welcher schwieriger Lage die anderen Parteien sind, wird bei den Sozialdemokraten am deutlichsten. Nach der Zahl ihrer Anhänger sind sie schon die zweit-

stärkste Partei. Aber ihren Geschäftsführer Ibrahim Böhme kennen noch immer 76 Prozent der DDR-Bürger nicht.

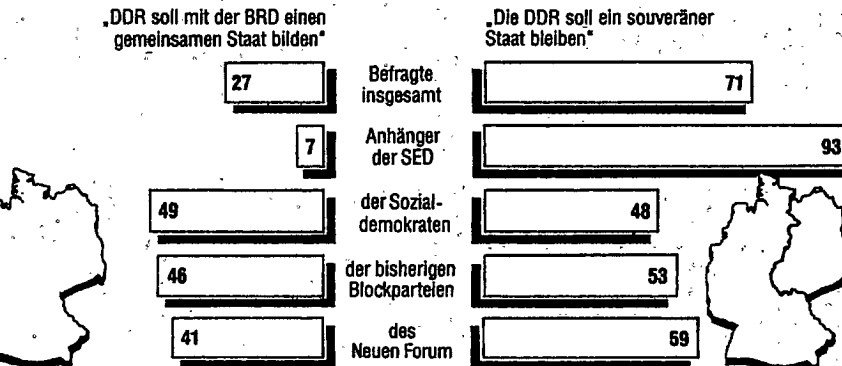
Im nächsten Heft

Das Selbstbewußtsein der DDR-Bürger – Leistungsdenken statt Gleichmacherei – Pro und contra Atomkraft

EIN STAAT, ZWEI STAATEN?

Das Akademie-Institut fragte: „Soll die DDR mit der BRD einen gemeinsamen Staat bilden, oder

soll die DDR wie bisher ein souveräner Staat bleiben?“ Die Antworten (in Prozent):



DER SPIEGEL